

betrieb, wiederaufzunehmen und den Außenhandel mit den volksdemokratischen Ländern zu vertiefen.

Wiederholt haben wir unsere Bereitschaft erklärt, sofort Verhandlungen über die Erweiterung und Erleichterung des innerdeutschen Handels aufzunehmen. Unsere Regierung hat den Vorschlag auf einen Warenaustausch in Höhe von einer Milliarde Verrechnungseinheiten nach jeder Seite im Jahre 1954 unterbreitet. Der demokratische Magistrat von Groß-Berlin hat dem Westberliner Senat Vereinbarungen über einen zusätzlichen Warenaustausch in Höhe von 200 Millionen Verrechnungseinheiten angeboten. Zum Schaden der Werktätigen Westdeutschlands und Westberlins und bestimmter Teile der Unternehmer in Westdeutschland sind die Bonner Regierung und der Westberliner Senat auf diese Vorschläge nicht eingegangen.

Damit haben sich die herrschenden Kreise Westdeutschlands und Westberlins erneut offen nicht nur in Widerspruch zu den Interessen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft, sondern auch zu weiten Kreisen von Wirtschaftlern, Kaufleuten und Unternehmern in Westdeutschland und Westberlin gesetzt. Diese beginnen jedoch in verstärktem Maße zu erkennen, daß der EVG-Vertrag auch für den friedlichen Handel eine tödliche Gefahr darstellt, und entfalten deshalb ihre Anstrengung für die friedliche Lösung der deutschen Frage.

Zur Durchführung der großen Aufgaben des Außenhandels unserer Republik ist es notwendig, sofort und gründlich die Arbeit des Außenhandels zu verbessern.

Das Ministerium für Außenhandel muß zu einer exakteren Arbeitsweise übergehen, seine Mitarbeiter politisch und fachlich besser erziehen und eine systematische Markt- und Preisforschung durchführen.

Die Exportbetriebe müssen ihre Liefertermine genau einhalten. Eine Nichteinhaltung der Termine wirkt sich zum Schaden der Autorität der Deutschen Demokratischen Republik aus.

Die volkseigene Industrie und der volkseigene Handel dürfen keine Forderungen auf Importware aufstellen, die in ihrem Umfang und in ihrer Qualität nicht gerechtfertigt sind und durch die Mobilisierung von eigenen Reserven und die Schaffung von Ausweichmöglichkeiten, besonders in Materialfragen, vermieden werden können.